

Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR
Abteilung Berufsberatung/Ausbildungs-
vermittlung/Psychologischer Dienst
Abteilungsleiter H. Lehmann

Berlin, 7. 6. 1990

Erste Informationen über Entwicklungstendenzen am Ausbildungs-
stellenmarkt 1990/91 und 1991/92 in der DDR

Umbrüche im Wirtschaftsmechanismus und in den Wirtschaftsstrukturen bleiben nicht ohne Konsequenzen für die Ausbildungssituation von Schulabgängern in der DDR. Mit der Umstellung von planwirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Bedingungen bildet sich in enger Beziehung zum Arbeitsmarkt ein Ausbildungsstellenmarkt heraus. Damit verbundene direkte staatliche Regulierungsmechanismen, die bislang die Übereinstimmung der Anzahl von Schulabgängern mit der Anzahl der Lehrstellen garantierten, entfallen.

Die Konstituierung des Ausbildungsstellenmarktes verläuft differenziert. Während sich die unmittelbaren Auswirkungen für das Ausbildungsjahr 1990/91 zum Stichtag 1. 6. 90 in ersten Ansätzen andeuten, werden die Folgen für das Ausbildungsjahr 1991/92 in relevanten Größenordnungen sichtbar.

Für das Ausbildungsjahr 1990/91 werden per 11. Werktag Februar 1990 120 079 Schulabgänger prognostiziert. Nach Aussage der 38 A-Arbeitsämter, hatten bis zum Erfassungstag noch 8977 Schulabgänger keinen abgeschlossenen Berufsausbildungsvertrag. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 7,5 an den Schulabgängern insgesamt. Eine exakte Übersicht über den Grad der Ausbildungsvermittlung durch die Abteilung Berufsberatung der Arbeitsämter wird zunehmend eingeschränkt, weil sich die Ausbildungsbetriebe einerseits nicht mehr verpflichtet fühlen, die Bestätigungskarten an die Kreisabteilungen Berufsbildung zu übergeben, sie andererseits auch nicht mehr beauftragt werden können. Hier müssen sich neue Mechanismen der Überprüfbarkeit etablieren.

Für 2692 Schulabgänger wurden bereits bestehende Berufsausbildungsverträge wieder gelöst (2,2 % der Schulabgänger insgesamt). Insbesondere in dem A-Arbeitsamtsbereichen Cottbus, Pirna, Karl-Marx-Stadt, Suhl, Schwerin, Magdeburg und Neubrandenburg ist die Anzahl noch nicht realisierter bzw. wieder gelöster Ausbildungsverhältnisse erheblich.

Im Vergleich zu sonstigen Vermittlungsergebnissen früherer Jahre und den damit verbundenen sozialen Erfahrungen und Erwartungen der Jugendlichen sind diese Prozentsätze alarmierend. Zumal zu erwarten ist, daß mit Inkrafttreten der Währungsunion und dem damit zusammenhängenden massiven Durchbruch marktwirtschaftlicher Verhältnisse, sich die Dynamik des Ausbildungsstellenmarktes vergrößern wird.

Diese Tendenz wird schon jetzt prägnant für den Ausbildungsstellenmarkt 1991/92 erkennbar. Danach stehen für 120 736 vorgesehener Schulabgänger 89 280 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Somit könnten nur 74 % der Schulabgänger einen Berufsausbildungsvertrag erhalten. Nur in einem A-Arbeitsamtsbereich übersteigt die Zahl der Ausbildungsangebote die Zahl der Schulabgänger (Riesa mit 114 %). In 13 von 38 A-Arbeitsamtsbereichen ist das rückläufige Angebot an Ausbildungsplätzen besonders kraß.

Zum Beispiel:	A-Arbeitsamt	Relation der Anzahl der Schulabgänger zu Anzahl der Ausbildungs- plätze
	Rostock	52 %
	Schwerin	57 %
	Halberstadt	58 %
	Stendal	63 %
	Magdeburg	60 %
	Frankfurt	61 %

Ein überdurchschnittliches Ausbildungsangebot ist in dem A-Arbeitsamtsbereich Merseburg (95 %), Cottbus (85 %), Karl-Marx-Stadt (84 %) und Stralsund mit 81 % nachweisbar.

Wurde in den letzten Jahren von den Ausbildungsträgern häufig die immer geringer werdende Anzahl von Schulabgängern auf Grund demografischer Entwicklungen beklagt, so muß heute die entgegengesetzte Entwicklungsrichtung konstatiert werden. Es stehen dem Ausbildungsstellenmarkt bisweilen mehr Schulabgänger zur Verfügung als Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Eine differenzierte Ursachenanalyse bedarf der permanenten Beobachtung des Ausbildungsstellenmarktes. Derzeit stellt sich die Reduzierung als ein globales Problem dar. In der Tendenz zeigen sich jedoch längerfristig zu verfolgende Unterschiede.

Regionale Unterschiede

Hinsichtlich der Anzahl ausgeschriebener Ausbildungsplätze wird ein Nord-Süd-Gefälle sichtbar. Insbesondere in Agrar-Industrie-Territorien werden vermindert Ausbildungsplätze angeboten.

In strukturschwachen Regionen, wo häufig nur ein Industriezweig dominiert, stellt sich die Berufsausbildungsfindung für Jugendliche besonders problematisch dar. In grenznahen Bereichen zur Bundesrepublik wird die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses für Schulabgänger aus der DDR immer lukrativer.

Da in der Bundesrepublik momentan ein Überhang an Ausbildungsplätzen vorhanden ist, kann vermutet werden, daß mit den Defiziten im Ausbildungsangebot in der DDR zunehmend mehr Schulabgänger in die Bundesrepublik abwandern. Die Arbeitskräfte, denen unterstellt werden kann, daß sie die Leistungsmotiviertesten sind, dürften dann auf längere Sicht für den Arbeitsmarkt des jetzigen DDR-Territoriums verloren sein. Ein spezifisches Problem entsteht im Bereich des

A-Arbeitsamtes Potsdam. Mit der Reduzierung des Ausbildungsangebotes in Berlin wird die bisherige natürliche Pendlerbewegung von Schulabgängern aus den Bezirken Potsdam und Frankfurt in den Ausbildungsmarkt Berlin eingeschränkt, so daß auch aus dieser Sicht sich die Ausbildungssituation in diesen Bezirken verschärft.

Branchenunterschiede

Mit der Eroberung bundesdeutscher Produkte auf dem DDR-Konsumentenmarkt werden vor allem DDR-Waren aus der Landwirtschaftsproduktion, der Leicht-, Textil-, Lebensmittel- und Elektronikindustrie nicht mehr abgesetzt. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen auf die Ausbildungsbereitschaft der davon betroffenen Betriebe, die nicht selten Konkurs anmelden müssen. Einen relativen Aufschwung erlebt derzeit die Bauindustrie. Sparkassen, Banken und Versicherungen expandieren. In diesen Branchen ist schon jetzt ein größeres Ausbildungsangebot zu verzeichnen. Ausbildungsangebote im Hotel-, Handel- und Gaststättenwesen stagnieren im Vergleich zum Vorjahr. Ein weiterer kritischer Bereich ist die untergehende Hüttenindustrie.

Sozialstrukturelle Unterschiede

Die verstärkte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen seitens der Schulabgänger versetzt die Ausbildungsträger in die Lage, zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern zu wählen.

So verdrängen leistungsstarke Schulabgänger mit höheren Schulabschlüssen die Leistungsschwachen.

Im Bereich Sparkassen, Banken und Versicherungen werden Abiturienten bevorzugt.

Eine zunehmende Zahl von vorzeitigen Abgängern der 10 klassigen allgemeinbildenden POS findet keinen Ausbildungsplatz.

Besonders problematisch sind die reduzierten Angebote für gesundheitsgeschädigte Schulabgänger. Spürbar hat sich die Anzahl der Ausbildungsplätze für diese Schüler verringert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl dieser Ausbildungsangebote für 1991/92 auf 56 % zurückgegangen.

Zugleich wird sich die Tendenz vergangener Jahre verstärken, männliche Bewerber gegenüber weiblichen zu bevorzugen.

So können im A-Arbeitsamtsbereich Cottbus zum Beispiel nur noch 75 % der Mädchen vermittelt werden.

Jungen scheinen noch immer die jederzeit verfügbaren Arbeitskräfte für Arbeitgeber zu sein.

Hinzu kommt ein drohendes Nachtschichtverbot für Frauen analog bundesdeutschen Regelungen, so daß Ausbildungsinvestitionen sich langfristig nicht amortisieren könnten.

Jungen werden demzufolge auch in bislang typischen Mädchenberufen ausgebildet werden.

Verhalten der Ausbildungsträger

Generell ist eine große Zurückhaltung bei den Ausbildungsträgern festzustellen. Für Unternehmen und Einrichtungen ist zur Zeit nicht klar erkennbar, wie sich der Markt strukturieren und welche Qualifikation vonnöten sein wird. In den Unternehmerstrategien spielen die Ausbildungskonzeptionen noch nicht die erforderliche Rolle.

Zur Zeit befinden sich die Ausbildungsträger noch im Spannungsfeld zwischen den Ausbildungskosten und ihrem nötigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, für die sie selber Rechnung tragen sollten. Insbesondere kristallisiert sich diese Tendenz bei Handwerks-, Klein- und Mittelbetrieben heraus.

Aktivitäten der Abteilungen Berufsberatung/Ausbildungsvermittlung

Die Abteilungen ergreifen verstärkt die Initiative der Kontaktaufnahme zu den Ausbildungsträgern. Dabei können sie einerseits auf traditionelle betriebliche Verbindungen zurückgreifen. Andererseits beschreiten sie auch neue Wege, um die Beziehungen zu den Unternehmer-

verbänden, Innungen und Kammern herzustellen. So wird zum Beispiel Anfang Juli ein öffentliches Treffen mit Auszubildenden und Ausbildungsträgern in Suhl stattfinden. Die Abteilungen Berufsberatung/Ausbildungsvermittlung der A-Arbeitsämter regen in ihren Territorien an, ein Berufsvorbereitungsjahr durchzuführen.

Notwendig einzuleitende Maßnahmen

Die Maßnahmen sollten vor allem darauf gerichtet werden, den Schulabgängern auch weiterhin eine Ausbildungs- und somit eine Lebensperspektive zu ermöglichen, um zugleich ihre jetzige hohe Berufsmotivation ^{zu} erhalten.

1. Voraussetzung für Ermittlung des konkreten Handlungsbedarfes ^{die} seitens der Arbeitsverwaltung ist die ständige (vierwöchentliche) Beobachtung und Erfassung des Ausbildungsstellenmarktes.
2. Eingeschlagene Wege der Arbeitsämter zur Zusammenarbeit mit den Ausbildungsträgern müssen ausgebaut werden, um einesteils alle Ausbildungsplätze registrieren zu können und um sie anderenteils zur Ausbildung anzuregen.

Die Arbeitsämter müssen von den Ausbildungsträgern und den Auszubildenden als Dienstleistungseinrichtung begriffen werden. Dazu ist es unumgänglich, die Öffentlichkeitsarbeit und die Selbstdarstellung der Arbeitsämter zu forcieren.

3. Zu Zeiten, wo die Betriebe und Institutionen sich in ihrer Ausbildungsbereitschaft zurückhalten, müssen Maßnahmen initiiert werden, um die Jugendlichen von der Straße wegzuholen. Dazu zählen:
 - das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr
 - Fortbildungslehrgänge
 - berufliche Fördermaßnahmen, darunter insbesondere für Rehabilitanden

Bis zum 15. 7. haben alle Abteilungen Berufsberatung/Ausbildungsvermittlung der A-Arbeitsämter tragfähige Konzeptionen zur Umsetzung dieser beruflichen Fördermaßnahmen ^{zu} erarbeiten und der ZAV zu übergeben.

4. Denkbar wäre auch eine letztmalige staatliche Regulierungsmaßnahme zur Berufsausbildung von Schulabgängern im Sinne der Errichtung von Ausbildungsgesellschaften. In der Übergangsphase von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft könnte der Staat den Betrieben und Einrichtungen die für sie zwar langfristig notwendige, aber in der jetzigen Zeit nicht effizient erscheinende Ausbildung von Schulabgängern übernehmen.
5. Bestehende Einrichtungen der Berufsausbildung sind zu erhalten. Die Arbeitsämter haben mit den Verantwortlichen Vereinbarungen zu treffen, daß und in welcher Weise sie zukünftig die Ausbildung von Berufserstwählern gewährleisten und vorhandene Bildungspotentiale der Einrichtungen auch weiterhin effektiv nutzen.
6. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern sollte die Zentrale Arbeitsverwaltung sich für eine schnellstmögliche Zulassung von freien Ausbildungsträgern entsprechend den existierenden bundesdeutschen einsetzen.